

Noch ein Wort zur Bemerkung in der Begründung von Herrn Kollege Zimmerli: Er hat gesagt, diese Einfügung des ausserordentlichen Kündigungsrechtes sei handstreichartig geschehen. Ich muss Ihnen hier mindestens darstellen, dass die Betroffenen sich vernehmen liessen – allerdings unaufgefordert. Aber wir haben Schreiben von der Vereinigung der Strassenverkehrsämter, wir haben Eingaben der Schweizerischen Vereinigung der Haftpflicht- und Motorfahrzeug-Versicherer, und wir haben eine Eingabe des TCS. So handstreichartig wurde diese Bestimmung also nicht aufgenommen.

**Koller Arnold**, Bundesrat: Zunächst möchte ich zuhanden der Materialien – wie auch immer Sie entscheiden – klar festgehalten haben, dass dieses ausserordentliche gesetzliche Kündigungsrecht, das Sie soeben beschlossen haben, nur für Altverträge gelten kann. Es handelt sich hier um eine Übergangsbestimmung. Wir gedenken, wenn alles normal verläuft, das Gesetz auf den 1. Januar 1996 in Kraft zu setzen. Für mich ist klar, dass das nur für Altverträge und keinesfalls für Neuverträge gelten könnte. Hierin stimme ich mit Herrn Rüesch vollständig überein.

Zur anderen Frage: Rechtlich ist das möglich, Herr Rüesch; ich bin mit Ihnen ohne weiteres einverstanden. Es gibt offenbar so selektive Konsumenten – wie Sie selber sagen –, die das machen. Meine Mitarbeiter haben mir gesagt, die Regel sei doch, dass man alle Verträge bei der gleichen Versicherung habe. Aber auf diese Tatsachenfrage möchte ich mich nicht allzusehr einlassen.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	18 Stimmen
Für den Eventualantrag Rüesch	16 Stimmen

#### Ziff. II

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Ch. II

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	36 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

#### Abschreibung – Classement

##### Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

##### Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

#### Angenommen – Adopté

#### An den Nationalrat – Au Conseil national

94.103

## Förderung der wissenschaftlichen Forschung im nationalen und europäischen Rahmen in den Jahren 1996–1999. Finanzierung

## Encouragement de la recherche scientifique dans le cadre national et européen pour les années 1996–1999. Financement

Botschaft und Beschlussentwurf vom 28. November 1994 (BBl 1995 I 777)  
Message et projet d'arrêté du 28 novembre 1994 (FF 1995 I 756)

#### Antrag der Kommission

Eintreten

#### Proposition de la commission

Entrer en matière

**Iten Andreas** (R, ZG), Berichterstatter: Wir behandeln eine wichtige wirtschaftspolitische Vorlage. Es handelt sich um die Botschaft und den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Tätigkeit der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) im nationalen und europäischen Rahmen (Eureka) in den Jahren 1996–1999. Die KWF ist das Schlüsselinstrument der staatlichen Förderung von innovativen Projekten der Industrie. Die Kommission, die dem EVD angegliedert ist, setzt sich mehrheitlich aus Mitgliedern der Industrie und Fachleuten der Hochschulen und der Höheren Fachschulen zusammen. Ziel der Förderungstätigkeit ist es, technologische Führungspositionen der schweizerischen Wirtschaft zu erhalten, auszubauen und deren Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Diese klare wirtschaftspolitische Zielsetzung unterscheidet die KWF von anderen Trägern der Forschungsförderung und von der Ressortforschung der Bundesämter. Die KWF finanziert konkret umschriebene, genau definierte Projekte, die von Wissenschaftlern und Partnern aus der Industrie ausgearbeitet wurden. An diese Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zahlt der Bund in der Regel 50 Prozent. Die Bundesbeiträge werden an öffentliche Forschungsstätten unter Einschluss der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) ausgerichtet.

In den Jahren 1992/93 wurden 281 Projekte unterstützt. An der Spitze der Disziplinen standen Informatik- und Mikroelektronikprojekte, gefolgt von Projekten der Materialwissenschaften, der Verfahrenstechnik und des Maschinen- und Fahrzeugbaus. An den Projekten waren die ETH Lausanne, die ETH Zürich, die HTL, die CIM-Bildungszentren, die Annexanstalten, die Universitäten und andere beteiligt.

Die WBK hat sich ausführlich mit der Botschaft befasst und sich sowohl bei einem Industriebetrieb, der Esec in Cham, als auch im Technikum Rapperswil Einblick in konkrete Projekte verschafft. Dabei konnte sie sich überzeugen, dass die Zusammenarbeit zwischen der KWF, den Schulen und den Unternehmungen sehr gut ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung von Innovationen, die die KWF fördert, wurde uns in Cham bei der Esec klargemacht. Die Esec hat vor Jahren ein Projekt Autoline entwickelt. Autoline ist eine vollautomatische Halbleitermontagelinie für hochintegrierte Schaltungen. An dieses Projekt hat die KWF einen Beitrag von 900 000 Franken geleistet und damit zur raschen Verwirklichung beigetragen. Ohne Förderung durch die KWF wäre das Projekt nicht so schnell vorangekommen. Die Esec konnte so weltweit Leader in einem Nischenmarkt werden. Sie beliefert vor allem das Ausland; 90 Prozent der Produkte gehen in den Fernen Osten. Der Bestellungseingang aus Fernost ist beachtlich. Die Esec expandiert, sie schafft monatlich 10 neue Stellen. Sie verfügt gegenwärtig über 330 Arbeits-

plätze und rechnet, dass sie im Jahre 2000 – man höre und staune – 800 zur Verfügung stellen kann.

Ein Projekt, das uns in Rapperswil vorgestellt wurde, ist ein «Einsteigerprojekt» in der Beleuchtungsbranche der Firma Knobel aus dem Kanton Glarus. Die Firma Knobel arbeitet mit dem Microswiss-Zentrum Grenchen zusammen. Sie hat einen Beleuchtungsregler entwickelt, der in Leuchten eingesetzt werden kann. Damit kann systematisch und automatisch Strom gespart werden. Die Firma Knobel bereitet die Serienproduktion vor und kann damit so renommierte Firmen wie Philips und Osram erfolgreich konkurrenzieren. Die Firma Knobel schafft damit Arbeitsplätze im Kanton Glarus.

Wir haben uns auch über ein Kompetenznetzwerk für eine bessere Zusammenarbeit von Kunden, Marketing, Entwicklung und Produktion der Firma Verzinkerei Zug AG und des Cimtec-Zentrums Wallis informieren lassen, das zu einer erfolgreichen Verkürzung der Entwicklungsarbeit geführt hat. So kommt das Unternehmen mehr an den Markt.

Die Beispiele könnten beliebig ergänzt werden. Derzeit arbeiten rund 1500 Assistenten, Doktoranden, Habilitanden und Assistenzprofessoren zusammen mit der Wirtschaft an KWF-Projekten. Diese Zahl mag die Bedeutung dieser Bundesleistung veranschaulichen.

Freilich gibt es nicht nur erfolgreiche Projekte. Die Erfolgsquote liegt etwa bei einem Verhältnis von eins zu vier, während die Rate erfolgreicher innovatorischer Projekte in der Industrie eins zu zehn beträgt. Dieses gute Resultat ist auf die sorgfältige Abklärung durch Experten und durch die Kommission zurückzuführen.

Man darf den Erfolg nicht bloss an der Einführung konkreter Projekte und Produktsysteme am Markt messen. Die KWF hilft nur auf dem ersten Viertel der Wegstrecke und überlässt nachher die Initiative allein dem Unternehmen.

Die Vorlage, die wir heute zu beraten haben, ist also von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Das möchte ich mit einigen Stichworten beleuchten. Die KWF hilft, wie keine andere Unterstützungsleistung des Bundes, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Die Voraussagen lassen bis zum Jahre 2000 nur einen zögernden Abbau der hohen Sockelarbeitslosigkeit erwarten. Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die marktwirtschaftliche Erneuerung, die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind notwendige, aber keinesfalls hinreichende Schritte. Was not tut, ist eine Stärkung der Innovationskraft unserer kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU). Sie sind die Arbeitgeber der Zukunft, sie sind die Träger von Innovationen. Dass die Fördertätigkeit der KWF hierzu einen wichtigen Beitrag leistet, davon konnten wir uns in der WBK anhand von Präsentationen überzeugen. Ich habe Ihnen die Beispiele der Esec in Cham und der Firma Knobel in Ennenda/GL vorgestellt. Ein sehr anschauliches Beispiel liefert auch die Firma Disetronic in Burgdorf, die durch Unterstützung der KWF von Null aus gestartet ist und wahrscheinlich im Jahre 2000 einen Umsatz von einer Milliarde Franken erreichen wird.

Das Arbeitsplatzargument ist zudem vor folgendem Hintergrund zu gewichten: Die Expansion der schweizerischen Wirtschaft findet vornehmlich im Ausland statt. Ich erwähne – stellvertretend für die Banken, die Chemie und die Versicherungen – die Ergebnisse einer Umfrage des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) bei seinen Mitgliedfirmen: In den letzten zehn Jahren sind die von Firmen des VSM im Ausland geschaffenen Arbeitsplätze um 57 Prozent gestiegen, im Inland dagegen um 21 Prozent gesunken.

Die KWF – ich betone das nochmals – ist ein technologisches Schlüsselinstrument des Bundes und nimmt im Zusammenspiel aller Glieder der technologischen Leistungskette eine impulsverleihende Funktion ein. Die ausgewogene Zusammenarbeit der KWF mit Industriellen und Wissenschaftlern sowie das vom Gesetzgeber geforderte finanzielle Eigenengagement der beteiligten Industrie gewährleisten den unerlässlichen Marktbezug. Zukunftsbezogen wäre der Name «Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung» in «Fonds für Innovations- und Technologieförderung» abzuändern. Damit käme die vom Gesetzgeber vorgegebene wirtschaftspolitische Zielsetzung auch im Namen dieses Organs mit der wünschbaren Deutlichkeit zum Ausdruck.

Die Geschäftsprüfungskommission unseres Rates hat vor über vier Jahren vom Bundesrat die Definition einer schweizerischen Technologiepolitik verlangt. Es liegen inzwischen sehr aufschlussreiche Gutachten vor. Wir wünschen vom Bundesrat, dass er eine Technologiepolitik im Lichte der eingeforderten Gutachten betreibt. Es ist auch wichtig, dass die Resultate dieser Expertenberichte veröffentlicht werden.

Alle Gutachter kommen für die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft zum gleichen Schluss. Ich zitiere aus dem Karlsruher Bericht des Fraunhofer Instituts: «Die heutige Wettbewerbsstellung der Schweiz bei technologischen Waren beruht auf Vorleistungen früherer Jahre und ist nicht entschieden genug auf die neuen Wachstumsfelder eingestellt. Das Bewahren der Kernkompetenzen am Standort Schweiz bei gleichzeitigem Beschreiten neuer Aktivitätsfelder findet nur ungenügend statt. Die strukturellen Herausforderungen dürften grösser sein als bei manch anderen Volkswirtschaften. Die Anpassungserfordernisse sind besonders hoch.»

Die Gutachter empfehlen eine stärkere Industrieankoppelung der Forschungsaktivitäten, ohne die Grundlagenforschung zu vernachlässigen. Es müsse zu einem Abbau der Schranken zwischen verschiedenen Körperschaften kommen. Es bedürfe geeigneter Rahmenbedingungen für einen aktiven Wissensaustausch zwischen Wissenschaftlern und Industrieunternehmen. Solche Kooperationen könnten über Drittmittel, Personalaustausch, Forschungsk Kooperationen oder informellen Erfahrungsaustausch, mit der Bildung von wissenschaftlich-technischen Netzwerken erreicht werden. Mit Blick auf die Ausrichtung auf die in fünf bis zehn Jahren mutmasslich relevanten Produktvisionen sei die schweizerische Wirtschaft gegenwärtig schlechter positioniert als ihre Konkurrenten. Die Schweiz müsse sich entschieden auf zukunftssträchtige Aktivitäten umorientieren.

Damit ist genau der Auftrag der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) umschrieben. Es wird in den Gutachten gefordert, was die KWF schon lange versucht und auch praktisch durchführt. Sie gibt Impulse, die von grosser Wirkung sind. Ich erinnere an die CIM-Zentren, an die Microswiss-Netzwerke. Ich will diese Impulse kurz zusammenfassen.

Die KWF ist Vorreiterin für thematische Schwerpunktbildungen im Rahmen nationaler Programme. Die KWF initiiert Verbundprojekte, sie ist federführend beim Aufbau schweizerischer Netzwerke. Die KWF muss die ausgewählten Projekte begleiten und die Resultate evaluieren, dies nicht im Sinne einer bürokratischen Kontrolle, sondern als eine von aussen kommende, Impulse gebende und damit innovative Aktion. Die KWF müsste auch ein wirksames Projektmanagement etablieren, und sie sollte die Initiativen der Jungunternehmer fördern und ermuntern.

In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, dass die KWF Schrittmacherdienste für die Strukturreform der HTL-Ingenieurschulen zu leisten hat. Diese sind im Zusammenhang mit den neuen Fachhochschulen wichtig. Ich fordere die KWF auf, ihren Einfluss beim Biga geltend zu machen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung, dass die Wirtschaftsvertreter alle ordnungspolitischen Bedenken aufgegeben haben und die Aktivitäten der KWF sehr begrüessen. Ich darf feststellen, dass das Bundesamt für Konjunktur gute Arbeit leistet. Es nimmt auch die Impulse des Parlamentes auf und setzt sie um. Die Vorgaben, die die Räte im Zusammenhang mit der KWF-Botschaft für die Jahre 1992 bis 1995 gegeben haben, sind verwirklicht worden. Es handelt sich um die Steigerung des Anteils der kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) an KWF-Projekten, die Steigerung des Anteils der HTL-Ingenieurschulen; es handelt sich um vermehrte thematische Schwerpunktbildung sowie Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Anerkennend darf festgehalten werden, dass die KWF in der Umsetzung – namentlich der beiden ersten Vorgaben – Fortschritte gemacht hat. So steht zu erwarten, dass gegen Ende dieser Periode, für die der Rahmenkredit beschlossen werden soll, der Anteil der KMU an KWF-Projekten auf gegen 70 Prozent und derjenige der HTL-Ingenieurschulen auf 25 bis 30 Prozent steigen wird. Diese Anstrengungen müssen in der kommenden Periode ihre Fortsetzung finden.

Es geht, wie Sie sicher erkennen, um einen Bundesbeschluss von grosser volkswirtschaftlicher Relevanz, dessen Bedeutung gerade heute gross ist. Das ist auch der Grund, warum wir Ihnen in Artikel 1 Absatz 3 beantragen, die KWF von den Kompensationsleistungen an die EU-Forschungsprogramme auszunehmen. Ich komme bei der Begründung des Kommissionsantrags darauf zu sprechen. Auch die Motion der WBK steht in diesem Zusammenhang. Das allgegenwärtige neue Wirtschaftsgesetz – schreibt der Bundesrat – heisst nicht mehr: «Die Grossen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen.» Wenn die KWF ein prominentes Mittel ist, den neuzeitlichen Herausforderungen zu begegnen, sollten wir sie stärken. Wir haben in der Kommission erwogen, den Kreditrahmen um 20 Millionen Franken zu erhöhen, was mehr als berechtigt gewesen wäre. Wir mussten uns aber eingestehen, dass dies in der heutigen Finanzsituation eine Provokation wäre. Um so mehr bitten wir Sie, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Zum Schluss noch ein Wort zu Eureka. In der vorhergehenden Botschaft wurden die Mittel für Eureka separat beantragt. In dieser Botschaft werden sie global eingefordert. Die Kommission stimmt dem zu, weil die internationale Verflechtung immer grösser wird und die KWF- und Eureka-Projekte sich wie kommunizierende Röhren verhalten können. Die Schweiz ist Vollmitglied bei Eureka und hat dieses Jahr den Vorsitz inne. Vom 10. bis 12. Mai findet die interparlamentarische Eureka-Konferenz in Bern statt. Interessante Forschungsaufgaben von europäischer Dimension, die eine enge Verbindung zwischen Hochschule und Industrie erfordern und somit der Förderungspraxis der KWF entsprechen, stehen im Zentrum der Eureka-Programme. An der 1985 ins Leben gerufenen Forschungsinitiative beteiligen sich 20 europäische Staaten, darunter die Schweiz als vollberechtigtes Mitglied, und die EU-Kommission. Im Gesamtzusammenhang der europäischen technologischen Zusammenarbeit bietet Eureka den schweizerischen Unternehmen und Forschungsstätten – im Unterschied zu den thematisch definierten EU-Programmen – einen offenen Rahmen, in grenzüberschreitende Kooperationen einzusteigen.

Nach bewährten Grundsätzen fördert die KWF auch unter der Eurekaflagge Forschungsvorhaben, die von den an der Durchführung interessierten Partnern selbst ausgearbeitet werden. Die Projekte müssen einen klaren Marktbezug aufweisen und in enger, partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten und Wirtschaftsunternehmen realisiert werden. Aktuelle Zahlen belegen das grosse Interesse, insbesondere auch der Industriepartner. Insgesamt laufen gegenwärtig 674 Eureka-Projekte, die Schweiz ist an 94 davon beteiligt. Die KWF finanziert 43 Millionen Franken, die Industrie etwa 340 Millionen Franken. Es sind 307 schweizerische Partner beteiligt. Die Gesamtkosten der laufenden Eureka-Projekte belaufen sich auf 22,4 Milliarden Franken. Diese Zahlen und weitere Details, die Sie auf Seite 33 der Botschaft finden, belegen eindrücklich die Wichtigkeit der Eureka-Beteiligung.

Ich bitte Sie, auf den Bundesbeschluss einzutreten.

**Cavadini Jean (L, NE):** La relative fragilité de notre tissu économique a provoqué des inquiétudes fondées et suscité des propositions diverses.

Disons aussitôt que l'activité de la Cers a notre approbation et que le résultat de ses engagements doit être reconnu. Le transfert de technologies qu'elle favorise est un des éléments décisifs de la capacité de maintien et de développement de secteurs importants de notre économie et, partant, de la création d'emplois.

Le financement de l'activité de la Cers pour la période 1996–1999 permettra de soutenir un effort particulier à l'endroit des petites et moyennes entreprises, qui sont un élément décisif de notre vitalité. Or, leur taille ne leur permet souvent pas de disposer d'infrastructures techniques ou de ressources humaines suffisantes. Les crédits qui peuvent leur être apportés permettent, par les joint ventures, un apport substantiel. Saluons aussi les liens établis entre les chercheurs des hautes écoles et des écoles d'ingénieurs/ETS, d'une part, et

les milieux de l'économie, d'autre part. Nous reviendrons sur ce dernier point en conclusion.

On a rappelé que, pour la période précédente, 1992–1995, le financement de la Cers, à travers ses activités propres et les participations à Eureka, aux centres Cim et à Microswiss, s'était élevé à 260 millions de francs – théoriquement, du moins, car ces montants ont été comprimés dans une proportion d'environ 20 pour cent.

La nouvelle tranche de crédits qui est sollicitée est donc inférieure au montant précédent, et nous sommes d'avis qu'il ne serait pas sage, en l'état actuel, de vouloir la réduire encore tant les engagements pris et à prendre représentent d'intérêts fondamentaux.

Le rapport nous décrit complètement les champs d'investissements envisagés. C'est ainsi qu'on songe à accroître la part des petites et moyennes entreprises à 80 pour cent, qu'on souhaite renforcer les réseaux régionaux et accorder une priorité aux projets interconnectés. Nous apportons aussi notre approbation au partenariat d'Eureka, qui regroupe 21 Etats européens collaborant dans un cadre qui favorise les écoles supérieures et les entreprises par-dessus les frontières, et qui permet de réunir sous forme de projets de coopération les capacités et les ressources disponibles pour les utiliser avec plus d'efficacité.

Pour calmer les craintes de certains intégristes helvétiques, nous rappellerons qu'Eureka est décentralisée et organisée de manière fédérative. Les deux tiers des entreprises privées qui ont été engagées dans de tels projets demandent à poursuivre leur participation. Or, pour l'essentiel, nous retrouvons là aussi les petites et moyennes entreprises qui, rappelons-le, représentent en Suisse le 99,9 pour cent des entreprises puisque la Suisse ne compte que 0,1 pour cent d'entreprises employant plus de 500 collaborateurs.

Après cette approbation sans réserve du principe et des applications des activités de la Cers, nous tenons à faire les remarques suivantes.

1. Le message du Conseil fédéral dit clairement que notre fiscalité est un lourd handicap pour les petites et moyennes entreprises qui verraient «leur développement compromis». Le constat est-il marqué par la résignation ou songe-t-on à proposer des mesures qui allégeraient ces dysfonctionnements?
2. La participation de l'Union européenne à l'«Intelligent Manufacturing Systems» reste suspendue. La position dans cet engagement est ambiguë pour la Suisse. On acceptera sa quote-part financière, mais la pleine collaboration reste incertaine, et c'est encore un de ces avantages discutables de notre décision du 6 décembre 1992.

3. Nous demandons avec la plus grande insistance au Conseil fédéral de prendre en considération les structures de nos efforts de recherche. Ce n'est au reste pas toujours une priorité, mais nous rappelons simplement que plusieurs lois évoquent la nécessité, donc les appuis, que l'on doit apporter à la recherche: loi fédérale sur les écoles polytechniques fédérales, loi sur la recherche – cela va de soi –, loi sur l'aide aux universités, et depuis plus d'un mois, loi fédérale sur les hautes écoles spécialisées. Les montants engagés sont considérables – ils se calculent en milliards de francs – et nécessaires, nous n'en disconvenons pas, mais les coordinations paraissent dans certains cas insuffisantes. On le sait, on le répète, mais on ne s'en émeut guère. Nous avons donné des exemples, nous les répétons: que ce soit dans les secteurs de la microtechnique, de la microélectronique, dans les sciences de la terre, nous savons parfaitement qu'un effort accru de coordination doit être consenti.

Ne parlons pas de la concentration qui est indispensable dans certains enseignements, ce n'est ici ni notre thème ni notre sujet. Mais au Département fédéral de l'économie publique, Monsieur le Conseiller fédéral, vous aurez de nouvelles responsabilités, avec la mise sur pied des hautes écoles spécialisées. Nous parlons ici de ces concentrations nécessaires. Nous ne critiquons pas la manière de travailler de la Cers qui se ménage une remarquable vue des besoins essentiels d'une partie de notre économie, mais nous évoquons la dispersion regrettable de nombreux efforts que nous ne pouvons plus, dans notre pays, soutenir dans l'ensemble des secteurs.

Ce que nous disons de la recherche, vaut bien sûr aussi pour un certain nombre d'investissements.

En conclusion, nous vous engageons bien sûr à entrer en matière sur un crédit qui, le message du Conseil fédéral le dit avec ingénuité, a l'approbation du Parti démocrate-chrétien suisse. Disons qu'il a aussi la nôtre.

**Seiler Bernhard (V, SH):** Selbstverständlich werde ich dem Verpflichtungskredit von 220 Millionen Franken für die Jahre 1996 bis 1999 zustimmen. Ich bin der Meinung, dass mit diesem Geld wirklich zukunftsrichtige Investitionen getätigt werden. Ich bin auch zur Überzeugung gekommen, dass wir mit der KWF eine Einrichtung haben, die dank ihrer Erfahrung und optimalen personellen Zusammensetzung dafür besorgt sein wird, dass diese Millionen in den nächsten Jahren in die richtigen Kanäle fliessen, und damit eine der Zielsetzungen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, erreicht wird. Der Kommissionssprecher hat im Zusammenhang mit diesem Kredit bereits von Arbeitsplätzen gesprochen. Ich möchte dem noch einiges hinzufügen.

Bekanntlich gibt es zur Herabsetzung der Arbeitslosigkeit nur ein sicheres Mittel: die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nun ist es doch so, dass grosse schweizerische Firmen wohl neue Arbeitsplätze schaffen, leider aber vornehmlich im Ausland. Und kleinere und mittlere Unternehmungen wagen es nicht oder noch nicht, auch wenn es am Konjunkturhimmel wieder etwas heller geworden ist, neue Stellen für zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen, oder allenfalls nur dann, wenn sie neue Produkte oder Techniken entwickelt haben und diese im Inland oder noch besser als Export absetzen können. Ich finde es deshalb besonders wichtig, dass die KWF alle Aktivitäten, wie Technologieparks, regionale Initiativen und andere, direkt und indirekt unterstützt, damit jungen, innovativen Firmengründern bestmöglich geholfen werden kann.

Der im vorliegenden Gesamtpaket für diesen besonderen Zweck vorgesehene Betrag von 10 Millionen Franken scheint mir an der unteren Grenze zu liegen. Wenn wir unsere sogenannte Sockelarbeitslosigkeit verringern wollen, dann nur mit Firmenneugründungen, das heisst mit der Schaffung echter neuer Arbeitsplätze.

In einem Gespräch der Arbeitsgruppe Technologiepolitik der GPK mussten wir allerdings von erfahrenen Wirtschaftsfachleuten und Wirtschaftsberatern hören, dass in unserem Land jungen Unternehmern der Start nicht erleichtert wird. Im Gegenteil, einer dieser Referenten mit Erfahrung in Firmengründungen in der Schweiz und im Ausland brauchte recht harte Worte. Er vertrat gar die Meinung, dass bei uns in der Schweiz mit kleinen und neuen Unternehmen «grausam» umgegangen werde. Er hat das tatsächlich so gesagt. Es herrsche häufig, bei offiziellen Stellen und auch bei Geldinstituten, das Motto vor: «Sie sollen zuerst beweisen, dass sie jemand sind.» Da, meine ich, müssen wir Politiker hellhörig werden. Wir haben nämlich das Umfeld geschaffen, das nun so «grausam» mit jungen Unternehmungen verfährt. Wir reden schon einige Zeit von Deregulierung, aber effektiv dereguliert haben wir noch zu wenig. Der Prozess läuft meiner Ansicht nach zu langsam.

Ich bitte daher den Bundesrat eindringlich, auf allen Gebieten, die unseren Werkplatz Schweiz nach wie vor in der Entwicklung hemmen, konsequent und zielstrebig weitere Vereinfachungen und weitere Deregulierungen vorzuschlagen. Das ist ein wichtiges Ziel. Es scheint mir ebenso wichtig, wie unser Budget wieder ins Lot zu bringen. Wenn wir schon weniger ausländische Investoren in unserem Land haben, müssen wir wenigstens dafür sorgen, dass unsere eigenen Unternehmen hier bleiben und den Investoren bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht möglichst viele, sondern möglichst wenig Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Dafür sind wir Politiker, Bundesrat und Parlament, gefordert. Ich finde die Idee richtig, dass wir bei den verschiedenen Verbundprojekten möglichst viele kleine und mittlere Unternehmungen beteiligen können. Ob es nun 80 Prozent sein sollen, wie in der Botschaft zu lesen ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich glaube aber, dass alle die verschiedenen Einrichtungen, von den CIM-Zentren bis zu Eureka, nur er-

folgreich weiterwirken können, wenn es gelingt, Synergien auch zwischen kleinen und mittleren Unternehmungen und den grossen Unternehmungen in unserem Land herzustellen. Alle grossen Firmen in unserem Land haben bereits ausserhalb unserer Grenze, in der EU oder auch in Übersee, Fuss gefasst. Gerade diese Auslanderfahrungen, die kleine und mittlere Unternehmungen noch nicht haben, sie aber suchen und dringend brauchen, könnten sehr wirkungsvoll sein, würden sie partnerschaftlich weitergegeben. Auch hier kann über diese Kredite, die wir heute sprechen – so hoffe ich –, etwas unternommen werden.

Ich bitte Sie nochmals, dem Bundesbeschluss und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen. Ich bin jedenfalls überzeugt, dass dieses Geld gut angelegt wird.

**Martin Jacques (R, VD):** Je soutiendrai le projet du Conseil fédéral et voterai le crédit-cadre demandé.

L'action menée par la Cers, tant au plan national qu'à travers les actions participatives au programme Eureka, s'inscrit d'une manière intelligente et positive dans la politique de création d'emplois. Cet instrument constitue la meilleure manière pour les pouvoirs publics aux plans fédéral et cantonal d'encourager l'innovation, et surtout de faciliter le passage toujours difficile de la recherche vers le développement de produits.

Le crédit-cadre demandé pour 1996–1999 prévoit deux actions principales orientées l'une vers l'intérieur du pays, l'autre vers l'extérieur, dans le cadre du programme Eureka de l'Union européenne. Pour vous inciter à soutenir ce crédit-cadre sans restriction, même dans une période difficile de recherche forcée d'économies, permettez-moi d'évoquer une expérience conduite ces dernières années en Suisse occidentale.

Les cantons francophones, avec celui de Berne, se sont organisés en association économique qui se nomme l'Acces, et que conduisent les conseillers d'Etat responsables de l'économie publique. Le programme CIM, avec son centre de compétence basé à Fribourg, comme le programme Microswiss localisé à Yverdon-les-Bains, sont gérés par cette association. Les écoles d'ingénieurs organisées en réseau profitent directement dans leur enseignement des compétences et des connaissances mises à disposition par nos crédits. Les cantons intéressés participent à ces coûts au-delà des subventions fédérales et assurent le fonctionnement journalier.

Je connais particulièrement bien le programme Microswiss, basé dans le Parc scientifique et technologique d'Yverdon-les-Bains. Ses objectifs concrets sont: susciter dans l'industrie en général, et dans les PME en particulier, la volonté d'utiliser la microélectronique; former des ingénieurs dominant les systèmes microélectroniques; favoriser enfin la collaboration entre les entreprises et les écoles.

Le centre est opérationnel depuis janvier 1993 et occupe huit personnes qui dispensent des cours théoriques de formation permanente et de perfectionnement professionnel, organisent des séminaires pour les industriels, planifient la gestion de projets. Le plus important me semble être le bilan de ces deux années d'activités: 52 projets ont été mis sur pied avec les écoles d'ingénieurs, 20 projets avec l'industrie, enfin 40 projets au plan interne. Ce centre a en plus organisé 22 cours spécialisés.

Le réseau créé avec les écoles d'ingénieurs fonctionne particulièrement bien et permet un contact direct avec les PME locales dans l'ensemble de la Suisse romande. On vient au centre Microswiss pour collaborer avec une entreprise qui connaît la microélectronique; une enquête a révélé que le centre Microswiss est utile et que ses services sont bons.

Cet exemple concret vous incitera, je l'espère, à soutenir sans arrière-pensée le projet du Conseil fédéral.

**Daniöth Hans (C, UR):** Stimmen sonder Zahl aus Politik und Wirtschaft fordern seit langem eine bewusste Stärkung der KWF-Projekte. Unsere Kommission, die WBK, wollte es genau wissen. An einer zweitägigen Erkundungsfahrt in den Kanton Zug und nach Rapperswil ist unser Wissensstand und unser Erfahrungsschatz aufgrund eindrücklicher Voten und Demonstrationen deutlich verbessert worden.

Wir hören und lesen täglich Meldungen über den Abbau von Arbeitsplätzen oder deren Verlagerung ins Ausland. In den letzten Jahren haben, laut Aussage von Herrn Professor Sieber, bei uns praktisch alle Grossbetriebe Arbeitsplätze abgebaut, unabhängig davon, ob es sich um Industrie- oder Dienstleistungsbetriebe handelt. Anstatt über die ungünstigen Rahmenbedingungen des Standortes Schweiz und die Unterlassungen und Fehler der Politiker zu jammern, scheint man bei kleineren Unternehmungen rascher die Ärmel hochzukrempeln. Die Firma Esec SA in Cham beispielsweise hat sich an ein Projekt für hochintegrierte Schaltungen herangewagt, das einen Kostenaufwand von 6 Millionen Franken zur Folge hat. Der Bund hat via KWF einen Beitrag von knapp 900 000 Franken dazu beigesteuert. Auf die Gretchenfrage, ob das Projekt auch ohne Bundeshilfe lanciert worden wäre, antwortete der Firmenchef mit einem klaren Ja. Aber, so fügte er bei, die Beileithilfe des Bundes habe die Bereitschaft des Unternehmens zum Risiko erhöht, so dass sich die Firma auf eine höhere Kompetenzstufe wagen konnte; mit dem Resultat, dass sie nun zur Weltspitze gehört, und mit dem positiven Effekt, dass die Firma heute über 330 Arbeitsplätze verfügt und Monat für Monat zehn neue Arbeitskräfte einstellen kann. Auch das gibt es im Lande Schweiz.

Die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch diejenige mit dem Bundesamt für Konjunkturfragen klappt bestens. Das darf lobend hervorgehoben werden. Bei solchen Erfolgswerten ist es nicht verwunderlich, dass die Nachfrage aus dem KMU-Bereich, also aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmungen, gewaltig angestiegen ist. Bei einer Ablehnungsquote von 50 bis 60 Prozent führt dann leider sehr oft Meister Zufall Regie, was letztlich Willkür und Diskriminierung nicht ausschliessen kann. Wenn wir das verhindern wollen, dürfen wir diese Kredite nicht kürzen, sondern müssen sie zumindest halten, wenn nicht sogar erhöhen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Schweiz es sich schlicht nicht leisten kann, die Kürzungsguillotine in diesem für unser Land und die Revitalisierung seiner vielgliedrigen Wirtschaft wichtigen Bereich niedersausen zu lassen. Wir müssen Prioritäten schaffen. Das ist kein leeres Wort, das ist eine existentielle Forderung; Kürzungen um 21 Prozent sind bei den KWF-Krediten bereits in der ablaufenden Periode der Rahmenkredite vorgenommen worden. Wir dürfen nicht noch weitergehen, sondern wir müssen Gegensteuer geben.

In diesem Sinne stehe ich voll hinter der Vorlage und hinter den Anträgen der Kommission und bin gegen jegliche weitere Kürzung.

**Bloetzer Peter (C, VS):** Ich bin für Eintreten auf diese Vorlage und stimme ihr zu. Ich möchte meine Haltung aus einer doppelten Sicht begründen, einerseits aus einer wirtschaftspolitischen Sicht, andererseits möchte ich aber auch den regionalpolitischen Aspekt dieser Vorlage nicht ausser acht lassen.

Mit Befriedigung haben wir anlässlich der Behandlung des Berichtes über die Aussenwirtschaftspolitik vom Aufschwung unserer Aussenwirtschaft Kenntnis genommen. Nach Jahren der Stagnation konnte in der Exportwirtschaft ein reales Wachstum von über 4 Prozent verzeichnet werden, und gleichzeitig kann eine nachhaltige Erholung der Gesamtwirtschaft festgestellt werden. Erfreulicherweise ist es unserer Exportwirtschaft offensichtlich gelungen, trotz hohen Löhnen und harter Währung marktkonforme Wertschöpfung zu schaffen und diese in alten und neuen Märkten abzusetzen.

Diese positive Beurteilung der gegenwärtigen Lage soll uns aber in bezug auf die Zukunftsperspektiven unserer Wirtschaft nicht täuschen. Alle Beurteilungsfaktoren in bezug auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft lassen uns mit einiger Besorgnis in die Zukunft blicken. Zum Beispiel ist es mit Blick auf das Faktum, dass die Länder im südostasiatischen Raum einen Grossteil unserer Produkte in qualitativ gleichwertiger Art und erheblich billiger als wir herstellen, fraglich, ob unsere Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft und im bisherigen Rahmen halten kann. Die Botschaft zitiert den Bericht des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) «Ziele einer Technologiepolitik des Bundes, Standortvoraussetzungen und technologische Trends».

Wir haben diesen Bericht in der Arbeitsgruppe Technologiepolitik der GPK des Ständerates zur Kenntnis genommen und eingehend bearbeitet. Dieser Bericht hält fest, dass unsere Wirtschaft bezüglich Innovation und neuen Technologien gegenwärtig noch gut dasteht, dass es allerdings fraglich ist, ob sie diesen Stand in Zukunft halten kann. Denn in den Bereichen, in denen sich die dynamische Entwicklung und damit auch das Wachstum in bezug auf Innovation und Anwendung von Technologien abspielen werden, sind unsere Voraussetzungen für die Zukunft als weniger gut zu beurteilen. Aus dieser Sicht muss die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft für die Zukunft in Frage gestellt werden.

Will unsere Wirtschaft – das ist die Schlussfolgerung –, wettbewerbsfähig bleiben, so muss sie voll auf die Karte Innovation setzen. In diesem Bereich liegt die Chance. Sodann steht weiter fest, dass die Bereitschaft zur Innovation und damit auch die Trägerschaft für diese Innovation viel mehr bei den KMU zu finden ist als bei den Grossfirmen. Die KMU sind es denn auch, von denen die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erwarten ist. Diesbezügliche Studien stellen dies ganz klar dar, nicht nur für die USA, auch für Europa und für die Schweiz.

Dabei ist nicht ausser acht zu lassen, dass die KMU vor grössenbedingten Problemen stehen, insbesondere vor Informations- und Ressourcenproblemen, wenn es darum geht, den zeitgerechten Wissens- und Technologietransfer von der Forschung und den Bildungsstätten zu den Produktionsstätten sicherzustellen. Hier setzt nun die technologieorientierte Wirtschaftspolitik ein, deren oberstes Ziel die Stärkung der Innovationskraft unserer Volkswirtschaft ist.

Die vorliegende KWF-Vorlage stellt gemeinsam mit den neu zu schaffenden Fachhochschulen und ihrem erweiterten Leistungsauftrag, welcher gerade diesen Wissens- und Technologietransfer als neuen Auftrag enthält, jenes Instrument dar, welches Voraussetzungen schaffen soll, um ein Netzwerk zu realisieren, ein Netzwerk von Organen für Beratung, Innovation und Technologietransfer vor allem zugunsten der Klein- und Mittelunternehmen nicht nur in den Ballungszentren, sondern dezentralisiert und flächendeckend.

So gesehen stellt diese Vorlage nicht nur ein wichtiges Instrument im Sinne der Förderung der Innovationskraft unserer Wirtschaft dar, sondern sie ist gleichzeitig auch eine wichtige regionalpolitische Tätigkeit, eine regionalpolitische Voraussetzung, um den Ausgleich in unserem Lande zu schaffen. Die Tätigkeit der KWF stellt gemeinsam mit dem neuen Netz von dezentralisierten, praxisorientierten Kompetenzzentren, welche die zu schaffenden Fachhochschulen darstellen, die Voraussetzung dar, um eine zeitgerechte, zukunftsorientierte Regionalpolitik umzusetzen. Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist allerdings, dass die Vernetzung flächendeckend erfolgt und die Unterstützung der KMU schwergewichtig bei den Kleinunternehmen vorgenommen wird, d. h. bei den Unternehmen, die weniger als 100 Mitarbeiter umfassen.

Die Vorlage stellt eine zweckdienliche Massnahme im Sinne einer modernen Wirtschafts- und Regionalpolitik dar mit dem Ziel, vorab die Innovationskraft unserer Wirtschaft zu fördern. Dabei wollen wir aber nicht verkennen, dass die Innovationskraft unserer Volkswirtschaft nicht nur von der technisch-organisatorischen Innovationsfähigkeit abhängt. Ebenso wichtig ist das politisch-institutionelle Umfeld sowie ein landesweit herrschendes Innovationsklima auch in bezug auf den Ausbau der für die Wirtschaft notwendigen Infrastruktur.

In diesem Sinne bin ich für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

**Gemperli Paul (C, SG):** Bei der Vorlage mit dem Antrag auf einen Kredit von 220 Millionen Franken für die Jahre 1996 bis 1999 geht es um die finanzielle Unterstützung von Massnahmen, die vor allem für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von grosser Bedeutung sind. Nicht zuletzt werden hier die Weichen für ein zentrales Anliegen gestellt, nämlich für die Schaffung neuer und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze in unserem Land. Diese Aufgabe ist staatspolitisch, sozialpolitisch, aber auch – wie vorher angetönt wurde – regionalpolitisch von grosser Bedeutung. Die Aktivitäten der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen For-

schung (KWF) waren schon in der Vergangenheit hauptsächlich auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgerichtet. Beim neuen Rahmenkredit soll das nach Auffassung des Bundesrates durch eine Erhöhung des KMU-Anteils auf über 80 Prozent an den Projekten sogar noch verstärkt werden. Das scheint mir vor allem deshalb wichtig, weil die KMU in den letzten Jahren durch ihr Wachstum an arbeitsmarktlischer Bedeutung gewonnen haben. Eine objektive Wertung zeigt eindeutig, dass bei den Grossbetrieben in letzter Zeit Arbeitsplätze abgebaut worden sind, während auf der anderen Seite die KMU neue Arbeitsplätze geschaffen haben, vor allem qualitativ sehr hochwertige Arbeitsplätze – was noch besonders zu betonen ist.

Ich möchte nicht noch einmal in die Details gehen. Der Kommissionspräsident und Herr Daniöth haben unsere Besuche mit der Kommission sehr eingehend geschildert. Ich darf hier auch für mich wiederholen, dass ich von den Aktivitäten, die stattgefunden haben, und den Impulsen, die durch diese Förderungsmassnahmen in die einzelnen Unternehmen hineingetragen worden sind, ausserordentlich beeindruckt bin. Man hat gesehen, dass es bei einer flexiblen Führung, mit Innovationsbereitschaft und mit technischen Neuerungen, die konsequent durchgezogen werden, auch in diesem Lande Schweiz noch möglich ist, etwas zu schaffen. Die KMU sind von ihrer Struktur her beweglich, haben aber – das ist die Kehrseite – häufig nicht das Potential, um allein in grossem Umfang Forschung und Entwicklung zu betreiben und damit den Zugang zur modernen Technik zu finden.

Hier setzt die Tätigkeit der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung mit ihrer gezielten Unterstützung ein. Über die Kooperation mit Forschungs- und Bildungsstätten erleichtert sie es insbesondere auch jungen Unternehmern, komplexe Probleme zu lösen, die für diese Unternehmen allein nicht lösbar wären. Durch die KWF kann den KMU weiter eine moderne apparative Infrastruktur erschlossen werden, die im Einzelverfahren nicht beschafft werden könnte. Die Zusammenfassung der Ressourcen, die wir in diesem Bereiche haben – das heisst, dass nicht an einem Ort Forschung betrieben wird, ohne dass die Möglichkeiten und Unterlagen nicht auch anderen zur Verfügung stehen – scheint mir wichtig.

Wir haben allen Grund, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzufahren und die Anstrengungen zu intensivieren. Meines Erachtens wäre an sich von den Finanzen her gesehen eine Aufstockung ausserordentlich wünschbar gewesen. Wenn man die Wichtigkeit der Anliegen sieht und andererseits das, was da geschaffen werden kann, wäre es in der Tat wünschbar gewesen. Aber wir kennen die Situation der Bundesfinanzen und wissen, dass wir uns überall nach der Decke strecken müssen.

Da möchte ich noch etwas sagen, was mich beeindruckt hat: Auch die Kredite der KWF wurden in der Vergangenheit gekürzt. Man hat das hingenommen und versucht, durch Effizienzsteigerung einen schönen Teil aufzufangen. Ich glaube, gerade das gibt Vertrauen für die Zukunft. Zudem darf man sagen, dass das System, so wie wir es haben, eine grosse Trefferquote hat und dass die Beteiligten Anerkennung verdienen. Es sind Fachleute, die unser Vertrauen verdienen und die in der Lage sind, Energien entsprechend zu bündeln.

Auf dem Boden der Fähigkeiten zu rascher Veränderung und Innovation werden heute im wirtschaftlichen Raum zweifellos Zukunftsfragen entschieden. Wer die notwendige Beweglichkeit nicht aufbringt, kommt in Rückstand und gehört im weltweiten Standortwettbewerb in der Regel letztlich zu den Verlierern. Das hohe Bildungsniveau, der Stand der Technik, die Infrastruktur und das Wissen um die Bedeutung von Forschung und Lehre lassen es als angezeigt erscheinen, gerade diese Stärken schweizerischer Möglichkeiten vermehrt zusammenzufassen und auch vermehrt auszuspielen.

Wenn der Staat hier seine Ressourcen ebenfalls einsetzt, so kann man ihm meines Erachtens nicht vorwerfen, dass er einen Teil der Wirtschaft ungerecht bevorzuge. Im Gegenteil, er nimmt seine Pflicht wahr, den allgemeinen Wohlstand unseres Landes und seiner Bevölkerung zu fördern, nicht statisch zu verharren, sondern zukunftsgerichtet zu agieren. Das haben wir nötig, und deswegen bin ich für Eintreten.

**Simmen Rosmarie (C, SO):** Die Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) ist neben dem Nationalfonds und der Hochschulförderung zweifellos eines der wichtigsten Instrumente der Forschungspolitik des Bundes. Leider trägt diese Institution einen etwas unglücklichen Namen. Unter einer Kommission stellt man sich gemeinhin ein beratendes und eher bedächtiges Gremium vor. Die KWF ist jedoch ein sehr effizientes Bundesorgan, das zum Teil auf Milizbasis arbeitet und somit das Wissen von Verwaltung und Privatwirtschaft kombiniert und optimal nutzen kann. Es begutachtet Projekte und entscheidet über deren Unterstützung. Der Name «Schweizerischer Fonds für Innovations- und Technologieförderung», wie er in der Kommission von der Verwaltung als Alternative einmal genannt wurde, wäre tatsächlich aussagekräftiger und würde zu weniger Missverständnissen führen.

Ich möchte meine Ausführungen auf die Frage beschränken, ob staatliche Förderung, wie die KWF sie leistet, notwendig und berechtigt sei – so notwendig und berechtigt, dass auch gewisse unvermeidliche wettbewerbsverzerrende Aspekte zu verantworten sind.

Der grösste Teil der «Kunden» der KWF sind heute kleine und mittlere Unternehmen, sogenannte KMU. Es ist in letzter Zeit in Mode gekommen, Grossunternehmen und KMU in der Diskussion gegeneinander auszuspielen. Das ist gefährlich, und es ist vor allem falsch. Beide Unternehmensarten sind für die schweizerische Wirtschaft lebenswichtig und ergänzen sich gleichzeitig. Die Grossindustrie ist unter anderem eine wichtige Auftraggeberin für die KMU und sichert dadurch neben ihren eigenen Arbeitsplätzen noch eine Anzahl Arbeitsplätze in anderen Betrieben. Die KMU ihrerseits verschaffen dank ihrer Wendigkeit als Zulieferer den Grossunternehmen zusätzliche Flexibilität und damit verkürzte Produktionszeiten. Es herrscht also eine Art Symbiose zwischen den ungleichen Partnern. Selbstverständlich gibt es je nach Grössenordnung aber auch beträchtliche Unterschiede in den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Unternehmen. Diese Unterschiede treten nicht zuletzt in der Forschung auf.

Grosse Unternehmungen – ich denke z. B. an die chemische Industrie – weisen bei ihren Ausgaben sehr hohe Forschungsanteile auf. Der grösste Teil der Forschung wird in der Schweiz bekanntlich von Privaten und nicht vom Staat finanziert. Neben der eigenen Forschungstätigkeit arbeiten Grossunternehmen in der Forschung auch eng mit Hochschulen zusammen. Unternehmen, die keine solche Dimension erreichen, haben einen wesentlich schwierigeren Zugang zur Forschungstätigkeit und zu den Forschungsergebnissen. Die Gründe hierfür sind verschieden. Ich möchte nur zwei anführen:

1. KMU haben, wenn überhaupt, nur kleine Forschungsabteilungen. Die dort Tätigen sind mit der eigentlichen Forschung völlig ausgelastet. Oft haben sie zusätzlich noch andere Funktionen zu erfüllen. Es bleibt ihnen keine Zeit, sich über das weitere Umfeld ihrer Tätigkeit zu informieren: Worüber ist schon publiziert worden? Wo gibt es schon heute oder in naher Zukunft was auf dem Markt? Was wird andernorts gemacht? Wo wird ein ähnliches Gebiet bearbeitet? All das sind Fragen, die zu beantworten die Möglichkeiten eines kleinen Unternehmens übersteigen. Und doch wären diese Antworten gerade für solche Betriebe von grosser Bedeutung, um kostspielige Doppelspurigkeiten und unnötige Investitionen zu verhindern.

2. Die Forschungsabteilungen sind oft zu klein, um die kritische Masse zu erreichen, welche heute für die hochtechnologische Forschung notwendig ist. Modernste Apparate und Instrumente sind sehr kostspielig, und ihre Benützungsdauer wird immer kürzer.

Trotz solcher Erschwernisse sind viele KMU in der Schweiz heute überdurchschnittlich initiativ. Sie finden sich auf verschiedensten Gebieten der Hightech wie Robotik, Informationstechnologie oder Umwelttechnologie an vorderster Front, und sie bieten aus diesem Grunde optimale Voraussetzungen für eine subsidiäre staatliche Unterstützung. Unternehmen, die diese hohen Voraussetzungen nicht erfüllen, werden auch mit Unterstützung jedwelcher Art auf den umkämpften Märkten keine Chance haben.

Die Bedürfnisse dieser guten Unternehmungen bestimmen die Schwerpunkte der Tätigkeit der KWF, Schwerpunkte wie Informationen, Verbundlösungen, Netzwerke:

1. Die KWF sammelt systematisch Informationen, bereitet sie auf und stellt sie den Firmen zur Verfügung. Damit können sich Unternehmen rasch einen Überblick über ihre Branche und ihre Spezialität verschaffen, und vor allem können sie auch längerfristige Trends abschätzen.

2. Die KWF hilft weiter beim Finden von Verbundlösungen. Mit solchen Kooperationen im Verbund können genau jene fruchtbaren Felder beackert werden, die zwischen den Disziplinen liegen oder welche verschiedene Disziplinen beinhalten, deren umfassende Beherrschung für ein Unternehmen allein zu aufwendig wäre.

3. Die KWF stärkt – das ist nicht gering zu veranschlagen – die Netzwerke zwischen den verschiedenen Marktteilnehmern, zwischen Unternehmen, Kunden und Bildungs- und Forschungsanstalten. Das kommt den regionalen Industrien zugute, welche das Rückgrat unserer dezentralen Wirtschaftsstruktur darstellen. Betriebe, die abseits der grossen Zentren liegen, und auch Schulen erhalten in solchen Netzwerken Möglichkeiten, Partner für Projekte zu finden und an Kooperationen teilzunehmen. Mit dieser Massnahme helfen wir mit, eine regionalpolitisch erwünschte Verringerung der Disparitäten zwischen den Regionen zu erreichen.

Ziel all dieser Bestrebungen ist der Marktzutritt für Betriebe jeder Grösse, und am allerwichtigsten ist die «time to market», also die Zeit, die gebraucht wird, um diesen Marktzutritt zu erreichen. Die Reduktion dieser Zeitspanne ist von ausschlaggebender Bedeutung – es ist diese Nasenlänge Vorsprung, die letztlich über Erfolg und Misserfolg eines Unternehmens und eines Produktes entscheidet.

Alle diese Gründe, denke ich, zeigen deutlich, dass schweizerische Technologieförderung eine gute und eine notwendige Sache ist, und ich bin selbstverständlich für Eintreten auf die Vorlage.

Ebenso selbstverständlich begrüsse ich die Teilnahme der Schweiz an Eureka, am europäischen Pendant zur KWF. Wir sind vollberechtigtes Mitglied bei Eureka, und wir dürfen uns keine Gelegenheit entgehen lassen, in jenen europäischen Gremien, in denen wir präsent sind, auch mit vollem Engagement mitzuarbeiten.

Ich bin nicht nur für Eintreten, ich hätte auch die Motion der Kommission unterstützt. Falls sie, wie sich das anzubahnen scheint, in eine Empfehlung umgewandelt werden sollte, werde ich mich dem nicht widersetzen. Ich möchte aber den Bundesrat doch bitten, wenigstens im Gedächtnis zu behalten, dass diese Empfehlung ihre Laufbahn einst als Motion begonnen hatte und ihr die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kleine Randbemerkung: Es wurde in der Kommission fast mit einem gewissen Stolz auf die hohe Ablehnungsquote von 50 bis 60 Prozent hingewiesen, und dies wurde quasi als Gütezeichen für die Entscheidung und auch für die angenommenen Projekte dargestellt. Es ist sicher unbestritten, dass eine hohe Messlatte für den Ruf einer Institution gut ist und dass strenge Selektion auch Mittel sparen hilft. Aber die Medaille hat auch eine Kehrseite: Eine hohe Ablehnungsquote bedeutet weniger Risikofreudigkeit bei der Vergabe von Unterstützungen. Und letztlich wissen wir alle nicht, wie viele gute und verheissungsvolle Projekte das Licht der Welt nie erblickt haben, weil sie eben nur verheissungsvoll und nicht todsicher waren.

Das ist mit ein Grund, weshalb ich Ihnen empfehlen möchte, auf die Vorlage, so wie sie uns vorliegt, einzutreten und auf keinen Fall Abstriche daran vorzunehmen.

**Onken Thomas (S, TG):** Die Vielzahl und die Länge der Voten steht wieder einmal im umgekehrten Verhältnis zum Interesse, das man dieser Vorlage entgegenzubringen scheint. Es geht ja auch «nur» um den Werkplatz Schweiz, und dass dieser bedroht ist, wissen wir. Dass wir etwas unternehmen sollten, wissen wir ebenfalls. Aber die Sache wird meines Erachtens noch immer viel zu wenig ernst genommen. Wenn bis anhin vielleicht die Ränder etwas gebröckelt haben, sprach

man von «unausweichlichem Strukturwandel» und beruhigte sein Gewissen mit punktuellen Massnahmen und Anpassungen. Doch mittlerweile erodiert auch der Kern, und die Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, dass eigentlich selbst die Uneinsichtigsten die Augen nicht mehr davor verschliessen können.

Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben teilweise schon darauf hingewiesen, dass die Zahl der Beschäftigten in der schweizerischen Maschinenindustrie in den letzten zehn Jahren massiv gesunken ist, und zwar um 21 Prozent. Zur gleichen Zeit sind im Ausland von diesen gleichen Unternehmungen Arbeitsplätze geschaffen worden, und diese Scherenbewegung geht immer weiter auseinander. Das gleiche stellt man auch bei den Investitionen fest: Während im Jahr 1985 noch 87 Prozent des Gesamtvolumens in der Schweiz investiert wurde, so sind es 1995 nur noch 78 Prozent, im Jahre 2000 sollen es gar nur noch 73 Prozent der Investitionssumme sein. Die Abwanderung hat also im grossen Stil begonnen. Wir verlieren als Wirtschaftsstandort laufend an Attraktivität, an Prestige ans Ausland, und zwar nicht in erster Linie an die Billiglohnländer, sondern an das benachbarte europäische Ausland. Es droht uns den Rang abzulaufen. Auch das ausländische Kapital wandert ab. Die Statistiken sprechen hier eine deutliche Sprache: Desinvestition in der Schweiz ist offenbar die Losung: eine schleichende Verlagerung von der Schweiz weg ins Ausland.

Die Gründe dafür sind vielfältig, ganz gewiss. Wir müssen bestimmt alle Faktoren berücksichtigen, bei allen Faktoren mit Reformen ansetzen – und wir tun es auch mit der unsäglichen Langsamkeit der Politik hier in Bern. Aber die Forschung ist ein Faktor, der ganz besonders wichtig ist. Dieser Faktor war einst unsere absolute Stärke. Wir hatten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte Vorsprung auf andere Länder, auf Mitbewerber, auf Konkurrenten, und jetzt stehen wir plötzlich auch hier in einem harten Wettbewerb, der uns in nächster Zeit noch massiv zusetzen wird. Was wir jetzt erst bei der Produktion beklagen, zeichnet sich bereits bei der Forschung und bei anderen Dienstleistungen ab: Auch hier hat die Verlagerung ins Ausland begonnen.

Die Situation ist also – das darf man sicher sagen, wenn man die Zahlen ernst nimmt – bedenklich. Dennoch können wir uns offenbar nicht dazu durchringen, gemeinsam zu überlegen, was zusätzlich vorzukehren sei, welche Impulse gegeben werden müssen, welche Aktivitäten gemeinsam mit der Industrie initiiert werden könnten, wie wir die Standortgunst des Wirtschaftsstandortes Schweiz noch offensiver verteidigen könnten, wie unsere Technologiepolitik – so wir eine haben – verbessert werden könnte. Das nämlich machen andere Regierungen und andere Parlamente in einer angriffigen, zukunftsgerichteten Art und Weise.

Wenn hier die Eintretensvoten verhallt sind, werden wir uns dem beliebten Geschäft des Feilschens um ein paar Millionen Franken zuwenden. Wir haben uns vorzubereiten – die Anträge von Herrn Schmid Carlo signalisieren es – auf eine Abwehrschlacht, auf die Defensive. Wenn man die wirtschaftliche Substanz in Betracht zieht, um die es hier geht, sind die 220 Millionen Franken, die der Bundesrat beantragt, äusserst moderat. Sie sind sogar bescheiden! Ich finde sie ganz entschieden zu wenig: 220 Millionen Franken in vier Jahren! 55 Millionen Franken pro Jahr zur Förderung der Innovationen in unserem Land, zugunsten von Neuerungen, von Erfindungen, von denen wir profitieren werden. 55 Millionen Franken jährlich für die Stärkung unserer Wettbewerbskraft, und zwar sehr basisnah und sehr anwendungsorientiert ausgegeben, sehr auf Umsetzung und auf Wissenstransfer ausgerichtet.

55 Millionen Franken für die kleinen und mittleren Unternehmungen, deren Schwellenängste vor den Forschungsinstituten wir endlich in einer mühsamen Überzeugungsarbeit allmählich etwas gesenkt haben und die nun zunehmend bereit sind zur Kooperation mit den HTL, mit den zukünftigen Fachhochschulen und mit den ETH. 55 Millionen Franken für die Vernetzung dieser Unternehmen mit den Forschungsinstituten und damit letztlich auch für eine praxisbezogene Ausbildung, die sehr nahe an den Produkten, am Markt, am Wettbewerb ist. Und schliesslich auch 55 Millionen Franken – wenn

Sie so wollen – für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die, wenn überhaupt, eben nicht bei den grossen Unternehmungen, nicht bei der ABB geschaffen werden, sondern bei den kleinen und mittleren Unternehmungen.

Ich bin also der Meinung, dass wir hier zu wenig investieren. Denn das ist nicht Geld, das einfach ausgegeben wird, sondern es sind Zukunftsinvestitionen, die wieder zurückkommen; das lässt sich konkret belegen.

Ich habe in der Kommission für eine Aufstockung der Mittel plädiert. Im Jahr 1991 bewilligten Sie 260 Millionen Franken und senkten dann diesen Rahmenkredit in einer unseligen Stop-and-go-Politik auf einen tieferen Wert; jetzt werden lediglich noch 220 Millionen Franken beantragt. Angesichts der Aussichtslosigkeit des Unternehmens verzichte ich darauf, hier nochmals eine Aufstockung zu verlangen. Aber eigentlich müsste man es tatsächlich tun.

Wenigstens sollten wir der KWF das, was wir ihr jetzt zusprechen, ungeschmälert erhalten – ungeschmälert durch zu leistende Kompensationen, ungeschmälert aber auch durch weitere Kürzungen. Da sind wir als Parlament mit unserer Budgethoheit natürlich selbst in die Pflicht genommen. Aber selbst das wird nicht akzeptiert, selbst das wird jetzt noch angeschossen. Und all das geschieht, wie Frau Simmen schon betont hat, bei einer Ablehnungsquote von 50 bis 60 Prozent! Ja, selbst wenn man wirklich qualitativ strenge Kriterien anwendet, muss man sagen, dass hier ganz offensichtlich vielversprechende, zukunftsorientierte Projekte nicht bewilligt werden können, weil die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Diese tägliche Realität der Kommission würde nochmals drastisch verschärft, wenn man dem Antrag Schmid Carlo zustimmt. Aber dazu werde ich mich nachher noch äussern.

Ich bitte Sie aber schon jetzt um ein politisches Zeichen, um eine Prioritätensetzung, die wir auch in einer finanziell bedrängten Zeit hier vornehmen sollten. Wir können nicht immer nur von den günstigeren Rahmenbedingungen reden, wir müssen sie tatsächlich verbessern. Mit verbalen Bekenntnissen werden sie nicht verbessert, sondern nur mit Taten. Mit den schönen Lobreden über ihr segensreiches Wirken kann auch die KWF nichts bewirken, sondern nur mit den Mitteln, die wir ihr bewilligen und die wir ihr belassen; nur mit diesen kann sie konkret etwas zur Stärkung unseres Werkplatzes Schweiz tun.

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Nur kurz: Es wurde von seiten der Sprecher keine grosse Kritik an dieser Vorlage geäussert. Nur Herr Cavadini Jean hat auf den Mangel an Koordination hingewiesen. Er hat gesagt, die Koordination sei ungenügend.

Für diesen Bereich möchte ich das bestreiten. Ich gebe zu, dass im Schulbereich Koordinationsprobleme vorhanden sind, und wir diskutieren auch über diese Probleme. Aber in diesem Bereich wird die Koordination sehr stark gesucht. Mich beeindruckt es immer wieder, wie man alle Leute zusammenführt. Auch in der KWF sind die Vertreter des Finanzdepartements dabei, es ist der Vertreter des Biga dabei, es ist auch der Vertreter des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft dabei. Bundesrat Delamuraz hat eine Koordinationsgruppe zur Technologiepolitik unter der Leitung von Herrn Professor Sieber eingesetzt. Mit dabei ist dort Herr Staatssekretär Ursprung aus dem Bereich der Wissenschaften und der Forschung, und es ist auch der Direktor des Biga dabei. Da wird meiner Meinung nach gute Koordinationsarbeit geleistet.

Ich bitte Herrn Bundesrat Delamuraz, uns diesen Aspekt der Kritik – es war der einzige Punkt, der kritisiert worden ist – noch etwas zu beleuchten.

**Delamuraz** Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'aimerais observer tout d'abord qu'il y a eu en janvier et durant cette session dans votre Conseil trois discussions qui ont porté toutes les trois sur l'importance vitale pour l'avenir de la Suisse d'une recherche, d'un développement et d'une formation de plus haut niveau bien conçus.

Nous avons en effet parlé de cette nécessité lors du débat par lequel vous avez – en tant que Conseil prioritaire – institué les

hautes écoles spécialisées. Et on a souligné dans ce premier débat combien, pour notre avenir, la nécessité d'adapter sans cesse nos institutions de recherche, de développement, d'enseignement et de formation, était indispensable. Puis, lors d'un second débat qui était consacré, durant cette session, au rapport sur la politique économique extérieure, M. Bloetzer y faisait allusion tout à l'heure, nous avons de nouveau tapé sur ce clou. Aujourd'hui, j'entends dans le rapport que nous présente votre commission et dans les interventions de la plupart d'entre vous, la même volonté, le même souci et la même importance que vous attribuez à ces fonctions en effet capitales non seulement pour notre économie, mais véritablement pour notre pays tout entier et pour son sort.

Nous avons dit à plusieurs reprises que la finalité était bel et bien de créer des emplois, car c'est sur cette mesure que nous pourrions juger de l'efficacité ou non de la politique économique que nous engageons. Le projet que nous avons sous les yeux ici contribue plus encore que beaucoup d'autres d'une manière directe et indirecte à créer des emplois, finalité de toute politique économique qui se tienne. Je suis donc très heureux de pouvoir placer sous l'éclairage de l'unanimité des conceptions le débat que nous consacrons aujourd'hui à cette Commission pour l'encouragement de la recherche scientifique (Cers) dans les années futures.

J'aimerais d'entrée de jeu, après avoir rappelé l'intention générale, exprimer ma gratitude à la commission, à la qualité substantielle du rapport qu'elle présente sur le message du Conseil fédéral. J'aimerais la remercier surtout d'être sortie du vénérable «Bundeshaus» et d'avoir été dans le terrain voir ce qui se passait, dans des usines, dans des entreprises qui sont impliquées dans ce programme, et d'avoir pu constater – nous avons entendu le rapport tout à l'heure – que nous ne faisons pas de la théorie lorsque nous vous demandons des crédits et lorsque nous vous proposons un plan d'engagement pour cette commission. Au contraire, nous débouchons très directement sur des réalités concrètes qui trouvent leur application pratique et efficiente dans le terrain, c'est-à-dire dans ces entreprises-là.

Je suis reconnaissant à la commission qu'elle ajoute à ces bonnes dispositions cette espèce de confirmation par l'acte, cette preuve pratique qu'elle nous rapporte à la suite de ses visites dans plusieurs entreprises de types différents, de productions différentes, mais toutes liées par cette volonté commune d'appartenir à un réseau et de pouvoir disposer ainsi d'une qualité d'information, de soutien et d'accompagnement qu'une entreprise à elle seule ne pouvait pas réunir.

Car, j'en viens maintenant au rappel, en effet, de la substance de ce programme. Ce que nous voulons en toute priorité soutenir, par la Commission pour l'encouragement de la recherche scientifique, ce sont les petites et moyennes entreprises, en allemand KMU, car ces petites et moyennes entreprises regroupent plus des trois quarts de la main-d'oeuvre dans notre pays. Nous observons que, plus que jamais, c'est de leur côté qu'il faut aller et, actuellement, chercher les heureuses créations d'emplois. Du côté des plus grandes entreprises, et notamment des entreprises multinationales, nous n'assistons pas au même événement de création d'emplois. C'est dans cet esprit que nous devons nous préoccuper plus encore à l'avenir qu'actuellement de ces petites et moyennes entreprises, car elles tiennent en leurs mains un défi technologique qui prend de plus en plus d'importance.

J'insiste sur cet aspect. Les petites et moyennes entreprises n'ont jamais été secondaires ou sans importance: je dis que, comme employeurs de l'avenir, elles ont encore davantage d'importance qu'elle n'en avaient auparavant. Il est donc juste, lucide, de concentrer vers cet objectif la priorité de nos travaux, déclenchés par la Commission pour l'encouragement de la recherche scientifique.

Permettez-moi de dire qu'actuellement, au travers des 700 projets de la commission, qui sont en cours de développement, il y a quelque 1500 doctorants, assistants ou professeurs qui sont impliqués dans ce mouvement. Ce n'est pas rien, c'est autant de relais du savoir, et autant de relais humains qui permettent de donner aux entreprises ce contact direct et cette impulsion que les cadres liés à cet effort ont pour

mission intellectuelle de leur transmettre. Voilà en quoi les PME, employeurs de l'avenir, dans notre pays tout particulièrement, ont un rôle renouvelé à jouer.

Je vois aussi un deuxième rôle particulier et important dévolu aux petites et moyennes entreprises. C'est le rôle d'innovateur. Bien sûr, je ne veux pas prétendre, du haut de cette tribune, que l'innovation ne se rencontre que dans les petites et moyennes entreprises et que d'autres entreprises, parfois d'autres colosses de l'économie, ne font que de la routine et ne vont pas chercher dans les créneaux des spécialités nouvelles ce qui doit alimenter leur production. C'est faux. Mais disons que la part que les PME prennent à l'innovation est, elle aussi, une part proportionnellement plus grande que par le passé. Il faut reconnaître qu'elles ont aussi, par leurs dimensions mêmes, une aptitude à la transformation, une capacité de recevoir des impulsions nouvelles et de pouvoir transformer leurs programmes qui est plus grande que celle des institutions beaucoup plus monolithiques et beaucoup plus préprogrammées que sont les grandes entreprises. Et cela, pour une innovation qui gambade, qui galope, pour une évolution qui est soumise à un rythme extraordinaire à la suite essentiellement, il faut le dire, des concurrences mondiales qui se développent. Ceci est un élément extrêmement important.

C'est là alors que l'importance du réseau auquel elles appartiennent doit être particulièrement soulignée. Elles ont, pour la plupart d'entre elles, une dimension critique insuffisante pour conduire d'une manière totalement autonome, sans rattachement extérieur, des politiques de pointe, très spécialisées, qui les conduisent à l'innovation. Dans le domaine de la régulation, de l'information et des ressources, seule l'appartenance à un réseau est la réponse au défi devant lequel elles se placent. Le mot-clé pour cette deuxième mission des PME, c'est la compétence dans la collaboration. Et ça, c'est le lieu idéal des petites et moyennes entreprises.

Permettez-moi de dire que pour obtenir le renforcement des réseaux régionaux, avec des points de cristallisation dans les centres des programmes d'action CIM, Microswiss, en étroite coopération avec les écoles existantes et avec les futures hautes écoles spécialisées, la Commission pour l'encouragement de la recherche scientifique occupe une fonction centrale de distribution et d'impulsion. Véritablement, si cette commission n'existait pas, il faudrait s'empresse de l'inventer.

On doit souligner ici le génie précurseur de ceux qui l'ont inventée, il y a plus d'un demi-siècle, et qui ont donné plus tard l'impulsion pour la création du Fonds national suisse de la recherche scientifique. On voyait bien qu'il y a, dans notre génie technique et scientifique, une étroite coopération pratique entre la science, les écoles et les responsables des entreprises privées, aussi bien dans la partie recherche que dans la partie production de ces entreprises. Plus que jamais, cet esprit de précurseur qui valait il y a plus de cinquante ans est valable aujourd'hui.

Je constate d'ailleurs que le volume de soutien de cette commission aux ETS et aux centres régionaux CIM ou Microswiss a passé, en quelques années, de 5 pour cent à, aujourd'hui, près de 30 pour cent, ce qui montre bien le sens de l'évolution que je souligne.

Je crois que la considération qui entoure la commission et qui plaide pour une grande collaboration avec la Cers tient à la nature même de ces approches pragmatiques, de ces approches de bas en haut. La Cers est tout qu'une institution impérialiste, qui impose d'en haut des vues. C'est une institution qui se nourrit, qui s'enrichit des apports de la base, et la base, c'est 2500 entreprises dans ce pays qui collaborent d'une manière systématique et régulière avec cette commission. C'est un des courants vifs de l'économie et il va dans le bon sens, c'est-à-dire qu'il est, comme on dirait en suisse allemand, «bottom up».

Les critères d'encouragement de la commission ont de surcroît le mérite d'être clairs et transparents. J'aimerais ajouter, et ce n'est pas rien de le rappeler en ces temps de pénurie financière, que dans cette démarche le coût administratif est exemplairement bas: pour 100 francs qu'affecte la Confédération au budget Cers, les dépenses administratives sont inférieures à 1 franc. Je ne vous fais pas un calcul bidon pour vous

allécher, c'est la stricte réalité. Nous avons donc un prix de revient extrêmement favorable qui laisse plus de 99 pour cent de la substance matérielle pour les objectifs de base qui doivent être développés ici.

M. le rapporteur a répondu à la question de M. Cavadini Jean quant à la coordination. Je vais à mon tour confirmer que, du point de vue de la Cers et singulièrement de mon département, cette coordination fonctionne. Elle n'a peut-être pas toujours fonctionné. Il est des secteurs où elle est améliorable; je vous en donne acte, Monsieur le Député de Neuchâtel, certainement!

J'aimerais quand même observer que, pour la coordination entre deux départements, l'institution d'un triangle des Bermudes, qui est un triangle redoutable et qui conduit la coordination au sommet en les personnes du secrétaire d'Etat à la recherche et à la science, du directeur de l'Ofiamt et du directeur de l'Office fédéral des questions conjoncturelles, a permis par sa systématique de corriger ce que nous pouvions parfois observer en démarches parallèles ou en empiètements de compétences entre cette institution et d'autres institutions relevant du Département fédéral de l'intérieur.

Mais j'aimerais surtout dire, et de nouveau c'est une de ces volontés pragmatiques qui me paraît si bien s'adapter à notre mentalité helvétique, que c'est par la présence de représentants de plusieurs organismes à l'intérieur même de la Cers que nous réalisons en union personnelle, Monsieur Cavadini, l'amélioration de cette coordination. En effet, sont dans cette commission: le président des écoles polytechniques fédérales, le représentant du Fonds national suisse de la recherche scientifique, le directeur suppléant de l'Ofiamt, le vice-directeur de l'Ofes et le représentant de l'Administration fédérale des finances. Ainsi, par leurs personnes, eux qui ont simultanément la vue dans leur propre domaine et sur celui-ci, peut se perfectionner et s'améliorer encore la coordination.

J'en termine par trois remarques générales qui seront peut-être reprises dans la discussion de détail.

1. La participation à Eureka est suffisamment connue – notamment dans cette année où la Suisse exerce la présidence d'Eureka – pour que je n'aie pas à insister longuement sur l'importance internationale du programme Eureka, une initiative qui n'est pas un programme communautaire aux effets qui dépassent les limites strictement européennes. C'est cette réponse, dans le temps, vous vous rappelez, au défi de la guerre des étoiles; c'était la réponse française au défi militaro-technique américain. On peut dire que si la guerre des étoiles est enterrée, Eureka, au contraire, monte au ciel, mais pour y trouver une large expression. C'est un programme particulièrement bienvenu, et je me réjouis que l'année présidentielle nous ait permis et continue de nous permettre de l'ancrer un peu mieux encore en Suisse. Nous avons des progrès à faire pour tirer le maximum de la substance d'Eureka.

2. L'IMS («Intelligent Manufacturing Systems»), comme vous le savez, est le premier programme vraiment à l'échelle mondiale de recherche dans le domaine des conceptions de production et de management. Il associe l'Australie, l'Europe avec les pays de l'Union européenne et ce qui reste de l'AELE, le Canada, le Japon, les Etats-Unis. Comme vous le savez toujours, depuis la dernière séance de votre commission, à Bruxelles, le 10 mars 1995, la Commission de l'Union européenne a reçu un mandat de négociation du Conseil de l'Union européenne, qui est de négocier la coopération avec les régions hors Union européenne. Cette négociation est en plein cours, je ne veux même pas vous donner la température, qui est bonne, mais ce serait prématuré d'en tirer des conclusions.

Le problème qui se pose est purement de mécanique budgétaire pour nous. Au cas où il y aurait des problèmes quant à l'accomplissement du programme commun de recherche Union européenne/Suisse, sur lequel vous vous êtes prononcés favorablement, il s'agirait de trouver les quelque 10 millions de francs nécessaires à l'accomplissement du programme IMS, et c'est cela que nous devons ménager comme porte de sortie. Si vous me permettez, les problèmes financiers, nous les traiterons peut-être plus en détail lors de la discussion article par article.

3. Ma remarque sera de dire que le problème financier tel qu'il s'est posé au Conseil fédéral dans la préparation du message, et tel qu'il se pose dans le cadre de la discussion de vos conclusions et de la motion de la commission, est naturellement lié à la situation financière générale de la Confédération. Le Conseil fédéral estime que, tout bien pesé, les moyens qu'il propose à votre Parlement pour ce poste-là sont suffisants. Il est bien clair que s'ils étaient supérieurs, cela ne ferait pas de problèmes quant à l'activation de la politique que nous avons à conduire. Cela correspondrait certainement à des activités utiles, et non pas à des activités superflues. Mais enfin, il faut bien trouver une cote, et c'est dans cet esprit d'équilibre du sacrifice que nous avons finalement opté pour les chiffres qui vous sont soumis. J'aurai l'occasion d'entrer plus en détail sur cette question du financement lorsque l'on abordera l'alinéa 3 de l'article 1er de l'arrêté fédéral.

Je vous remercie de votre attention. Nous avons pour la troisième fois, dans ce Conseil, l'occasion de prendre une décision essentielle quant à l'avenir de notre pays.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### **Titel und Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 1**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

....., Projektmanagement, Evaluationen und Öffentlichkeitsarbeit .....

*Abs. 3*

Streichen

*Antrag Schmid Carlo*

*Abs. 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 1**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

.... du présent crédit sont affectés à l'accompagnement de la recherche, à des évaluations, à des contrôles d'efficacité, à des mandats d'expertise, ....

*Al. 3*

Biffer

*Proposition Schmid Carlo*

*Al. 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Abs. 1 – Al. 1*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: Im Absatz 2 hat die Kommission den Begriff der Evaluation eingefügt. Was ist der Unterschied zwischen Valorisierung, die auch in diesem Absatz erwähnt ist, und Evaluation?

Die Valorisierung ist der Projektausführung vorgelagert. Es handelt sich um eine Machbarkeitsstudie, die abklärt, ob ein

Projekt sinnvoll, erfolgversprechend, zukunftsweisend ist. Es handelt sich um die Wertung des Innovationscharakters des Projekts. Die Evaluation hingegen soll ex post – also nach Abschluss – nachweisen, ob sich das Projekt gelohnt hat, ob es wissenschaftlich korrekt durchgeführt worden ist, kurz, ob es ein Erfolg oder ein Misserfolg war und warum. Je knapper die Geldmittel werden, um so wichtiger wird die Evaluation von Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Wir beantragen, der Einfügung dieses Wortes zuzustimmen.

**Cavadini** Jean (L, NE): Je voudrais simplement indiquer pour le Bulletin officiel que je n'ai pas fait de proposition contraire à celle de la commission même si, en commission, j'étais d'avis que la possibilité laissée au Conseil fédéral de consacrer 4 pour cent du crédit au mandat d'évaluation devait être maintenue. Je n'ai pas présenté de proposition contraire afin de ne pas introduire une divergence.

Mais j'aurais souhaité avoir l'avis du Conseil fédéral sur ce point qui n'est pas fondamental. L'amendement introduit par la commission me paraît tendre à beaucoup plus de rigueur et d'obligation, alors que la souplesse de la première formule me paraissait préférable.

Si le Conseil fédéral s'accommode de cette formule, je ne me montrerai pas plus royaliste que le roi, surtout dans cette maison.

**Delamuraz** Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je n'ai jamais vu de roi au Palais fédéral, Monsieur le Député de Neuchâtel, je ne sais pas quel rôle je vais jouer!

Disons que la querelle de mots n'a pas une très grande importance. Si la commission estime, après des débats, auxquels je n'ai d'ailleurs pas pu participer, qui ont montré une certaine division de la commission, que c'est là la préférence qu'elle veut retenir, le Conseil fédéral peut vivre, Monsieur Cavadini, avec cette formule non potestative, avec cette formule impérative.

C'est dans ce sens-là que vous me voyez, pour l'alinéa 2, d'accord avec la commission, étant entendu que l'élargissement de l'engagement des moyens à la notion du contrôle des effets, sur la nature duquel M. le rapporteur a insisté, est une notion que le Conseil fédéral partage et précise dans les mêmes termes exactement. Nous sommes donc, je crois, en communion.

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 3 – Al. 3*

**Iten** Andreas (R, ZG), Berichterstatter: In meinem Eintretensvotum habe ich versucht, auf die ausserordentliche Bedeutung der KWF-Vorlage für die Wirtschaft und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze hinzuweisen. Diese Bedeutung haben eigentlich alle meine Kollegen bestätigt, und auch der Bundesrat hat es getan. Es ist eine Vorlage, die wie selten eine andere mithelfen kann, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu stärken. Es ist darum von grosser Bedeutung, dass der Betrag von 220 Millionen Franken nicht geschmälert wird.

Einen Antrag, den Betrag um 20 Millionen Franken aufzustocken – das wurde auch ausgeführt –, hat die Kommission selbst abgelehnt. Wir sehen ein, dass in der gegenwärtigen Finanzlage keine Erhöhungen verantwortet werden können.

Wenn die Finanzpolitik des Bundesrates Prioritäten setzen soll, dann ist hier zweifellos eine solche zu setzen. In anderen Bereichen können eher Posterioritäten in Kauf genommen werden. Die Kommission ist überzeugt, dass die Tätigkeit der KWF keine Abstriche erleiden sollte. Heute schon erreicht die Ablehnungsquote 50 bis 60 Prozent der eingereichten Projekte. Es könnten darunter solche sein, wie das seinerzeitige Esec-Projekt im Halbleiterbereich der Elektronik. Ich erinnere sie daran, dass die Firma monatlich 10 Arbeitsplätze schafft und die Arbeitsstellen von heute 330 auf 800 im Jahre 2000 erhöhen wird.

Die Beträge gemäss der KWF-Botschaft für die Jahre 1992 bis 1995 unterlagen der linearen Kürzung von 21 Prozent. Die durchschnittliche Kürzung der Forschungsmittel in anderen

Bereichen lag bei 18 Prozent; sie ist also 3 Prozent höher gewesen als in anderen Bereichen. Diese massiven Abstriche machen die Planbarkeit für die KWF natürlich schwierig. Die KWF sollte auch keine Kompensationsbeiträge an die EU-Programme leisten müssen, denn die KWF- und die Eureka-Projekte sind konkreter und marktnäher als die meisten Forschungsprojekte im EU-Bereich.

Die Entbindung der KWF von Kompensationsleistungen zugunsten der schweizerischen Beteiligung am vierten Rahmenprogramm lässt sich wie folgt noch zusätzlich begründen:

1. Mit der schwergewichtigen Ausrichtung der Förderfähigkeit der KWF auf die Bedürfnisse der KMU ist für die KWF keine finanzielle Entlastung infolge einer schweizerischen Beteiligung am vierten Rahmenprogramm zu erwarten.

2. Die Schwächung des Aktionsradius der KWF wäre auch insofern kontraproduktiv, als die KWF-Projekte im nationalen Rahmen den KMU Gelegenheit bieten, erste Erfahrungen in Kooperationsprojekten zu sammeln. Das hier noch viel Aufbauarbeit zu leisten ist, belegen die neuesten Untersuchungen über das Kooperationsverhalten schweizerischer Firmen im europäischen Quervergleich. Danach arbeiten schweizerische Firmen ungleich weniger häufig mit inländischen Forschungsstätten zusammen als ihre europäischen Konkurrenten.

Mit dem Antrag auf Streichung sowie mit der Motion will die WBK ausdrücken, dass die KWF für die kommende Rahmenkreditperiode tatsächlich einen Betrag von 220 Millionen Franken zur Verfügung haben sollte.

Was geschieht also, wenn sie dem Antrag der Kommission, Absatz 3 zu streichen, zustimmen? Die KWF hat 6 Millionen Franken mehr, die sie verwenden kann. Ebenfalls erhält sie zusätzlich 10 Millionen Franken zur freien Verfügung, die ihr sonst für die IMS entgehen würden. Herr Bundesrat Delamuraz hat auf die Bedeutung der IMS hingewiesen. Das ist das erste weltweite Forschungsprogramm auf dem Gebiet der Produktions- und Management-Konzepte, bei dem fünf Regionen – Australien, Europa, Kanada, Japan und USA – beteiligt sind. Wenn die EU den Beitrag übernimmt, könnte die KWF 10 Millionen Franken einsparen. Es stünden ihr also die 220 Millionen Franken voll zur Verfügung.

Wenn Sie dem Bundesrat und dem Antrag Schmid Carlo folgen, wird bei Übernahme des Betrages durch die EU-Programme der Betrag um 16 Millionen Franken gekürzt. Das möchten wir verhindern. Ich erinnere Sie an das eindrückliche Votum unseres Kollegen Thomas Onken, der auf diesen Punkt hingewiesen hat. Es scheint mir äusserst wichtig, dass wir Prioritäten setzen und die 220 Millionen Franken wirklich sprechen.

**Schmid Carlo (C, AI):** Welch ein Theater wegen 16 Millionen Franken, werden Sie denken, und rein quantitativ haben Sie recht.

Ich will vorausschicken, dass ich grundsätzlich für diese Vorlage bin. Wie könnte es anders sein? Es ist von prominenter liberaler Seite – Herr Cavadini Jean ist leider nicht da – darauf hingewiesen worden, dass es meine Partei war, die in dieser Botschaft zitiert wird. Ich kann nicht selbst eine Kehrtwende machen. Ich bin für die Vorlage und unterstütze namentlich auch die Ziele, die der Bundesrat in seiner Botschaft nennt und zu deren Verfolgung der vorliegende Rahmenkredit dienen soll.

Ich bin allerdings der Auffassung, dass wir auch in diesem enorm wichtigen Bereich der Technologieförderung haushälterisch mit unserem Geld umgehen sollen. Ich befürworte die Teilnahme der Schweiz am weltweiten IMS-Programm, für welche in diesem Rahmenkredit ein erheblicher Betrag reserviert ist.

Wie ich der Botschaft, Seite 28, entnehme, besteht nun die Möglichkeit – Sie haben das auch vom Kommissionssprecher gehört –, dass die Schweiz dem 4. EU-Forschungsprogramm als Vollmitglied beiträgt. Zudem ist denkbar, dass die EU die Beiträge aller an ihrem Forschungsprogramm, am IMS-Projekt, Beteiligten zentral von Brüssel aus finanziert. In diesem Fall werden unsere schweizerischen Aufwendungen für das IMS-Projekt über einen anderen Kredit finanziert und nach Brüssel überwiesen, nämlich über die 6 Millionen Franken, die

wir im Rahmen des 4. EU-Forschungsprogramms kompensieren müssen.

Der Bundesrat schlägt vor, für diesen Fall die in Frage stehenden 10 Millionen plus 6 Millionen, also 16 Millionen Franken, aus dem Kredit zu streichen. Ich kann erstens in diesem Antrag nichts sehen, was der schweizerischen Wirtschaft das Genick brechen würde. Herr Iten: Wir dürfen auf beiden Seiten nicht dramatisieren. Die KMU gehen nicht unter, wenn mein Antrag durchkommt, und sie werden nicht exuberant gefördert, wenn der Antrag Ihrer Kommission durchkommt.

Mir geht es um etwas anderes. Wir haben vor elf Tagen eine Volksabstimmung über die Ausgabenbremse gehabt. Der Zweck und das Ziel der Ausgabenbremse besteht darin, dass wir uns zurückhalten in Anträgen, die finanziell über die Anträge des Bundesrates hinausgehen. Wenn Sie Absatz 3 streichen, gehen Sie über den Antrag des Bundesrates hinaus.

Ich bin der Auffassung, dass wir uns an diesen Grundsatz auch in einem wichtigen Bereich wie dem der KMU und der wissenschaftlichen Forschung halten müssen. Der Zweck meiner Intervention und meines Antrages besteht nicht darin, die Zielrichtung dieser Botschaft und der entsprechenden Kredite zu relativieren, sondern den finanzpolitischen Grundsatz auch hier hochzuhalten.

Man kann mir sagen, das sei kein grosser Betrag. Das ist richtig. Aber viele kleine Beträge zusammen tragen eben auch zu diesen riesigen Defiziten bei, die dazu führen, dass wir im nachhinein auf dem Wege der Sanierungsmassnahmen bereits versprochene, bereits verpflichtete Mittel wieder entziehen müssen. Ich halte das für ungut und empfehle Ihnen, keine grösseren Versprechungen zu machen als solche, die wir einhalten können. Einhalten können wir ungefähr das, was der Bundesrat vorsieht.

Ich beantrage Ihnen, dem Bundesrat zuzustimmen.

**Onken Thomas (S, TG):** Ich möchte doch zu diesem Votum und zum Antrag Schmid Carlo noch etwas sagen. Kollege Schmid hat die Situation richtig beschrieben: Es geht um 16 Millionen Franken, die die KWF nicht kompensieren, nicht einsparen müsste, wenn es der Schweiz gelingen sollte – aber das ist noch keineswegs gesichert –, sich am 4. EU-Forschungsrahmenprogramm zu beteiligen. Damit würden 10 Millionen Franken vom IMS und 6 Millionen Franken vom 4. EU-Rahmenprogramm frei werden, d. h. wir würden der KWF jährlich zusätzlich 4 Millionen Franken zur Verfügung stellen, die sie für nationale Projekte einsetzen könnte.

Wir dürfen nicht hingehen und die nationale Forschungsoperation zugunsten der übergeordneten internationalen Beteiligung an den europäischen Programmen schwächen. Denn diese nationale Kooperation, wie sie die KWF initiiert, ist für viele Unternehmungen die Basis, um sich danach im europäischen Rahmen zu beteiligen. Erst wer auf nationaler Ebene ein Forschungsprojekt durchgezogen hat, hat meistens die Erfahrung und die Kompetenz, um sich auf europäischer Ebene zu beteiligen. Wenn wir also wollen, dass die beträchtlichen Mittel, die wir auf der europäischen Ebene durch die Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen einsetzen, über eine aktive Partizipation schweizerischer Unternehmen an entsprechenden Projekten ganz oder zumindest teilweise wieder in die Schweiz zurückfliessen, dann müssen wir dafür auch die Voraussetzung schaffen. Die KWF ist eine wichtige Plattform für solche Kooperationen, eine eigentliche Voraussetzung für die Beteiligung schweizerischer Unternehmen an den europäischen Projekten, auch an den Eureka-Programmen.

Ausserdem muss man wissen, dass sich die europäischen Projekte grundlegend von den KWF-Projekten unterscheiden. Diese sind viel marktnäher, sie sind viel stärker auf die kleinen und mittleren Unternehmungen ausgerichtet, sie zielen viel ausgeprägter auf die Diffusion von Wissen, auf den Wissens- und Technologietransfer und natürlich auch auf die wichtige regionale Vernetzung. Sie sind wirklich verhängt mit der regionalen Wirtschaft, und davon profitieren auch unmittelbar die Ingenieurschulen und HWV – die zukünftigen Fachhochschulen – und die beiden ETH.

Eine Kürzung könnte meines Erachtens nur in Betracht gezogen werden, wenn man darauf hinweisen könnte, dass ohne-

hin gar nicht so viele gute Projekte zur Verfügung stehen. Ich habe jedoch schon in meinem Eintretensvotum gesagt, dass die Ablehnungsquote ausserordentlich hoch ist; 50 bis 60 Prozent der eingereichten Projekte müssen abgelehnt werden, weil die entsprechenden Mittel nicht zur Verfügung stehen. Hier nun eine kleine Öffnung zu machen, einen kleinen zusätzlichen Mitteleinsatz zu bewilligen, scheint mir gerechtfertigt und sinnvoll, um den Werkplatz Schweiz besser verteidigen zu können.

Es geht auch nicht nur um die 16 Millionen Franken. Diese 16 Millionen Franken, Herr Kollege Schmid, haben einen Multiplikatoreffekt. Es ist so, dass man die Projekte in aller Regel nicht zur Gänze, sondern höchstens bis zu 50 Prozent unterstützt. Es braucht also immer auch den Tatbeweis der Betriebe selbst, und das ist quasi der Garant dafür, dass es sich um ein zukunftsfähiges Projekt handelt, ausgerichtet auf ein Produkt, das dem beteiligten Unternehmen etwas bringt und an das es wirklich glaubt. Hier geht es also im Endeffekt um wesentlich mehr Mittel, die freigesetzt werden.

Ich bitte auch darum, dass man sich nicht immer nur und sehr pauschal auf das Volk beruft. Dieses Volk hat zwar am 12. März ein klares Signal ausgesandt, gewiss, es ist auch immer wieder bereit, differenziert zu sparen und die Mittel dort gezielt einzusparen, wo sie eingespart werden können. Es ist aber genauso bereit, Investitionen zu bewilligen, von denen es weiss oder überzeugt werden kann, dass sie arbeitsplatzfördernd sind und zur Substanzerhaltung der schweizerischen Wirtschaft beitragen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Kommission zuzustimmen und diese Änderung im Beschlussentwurf zu bewilligen.

**Bloetzer Peter (C, VS):** Auch ich beantrage Ihnen, der Kommission zuzustimmen und den Antrag Schmid Carlo abzulehnen.

Ich bin mit Kollege Schmid Carlo einverstanden, dass diese 16 Millionen Franken an und für sich nicht entscheidend sind. Aber wenn Sie jetzt hingehen und diesen Antrag der Kommission ablehnen, geben Sie ein falsches Signal. Wir haben in unserer Kommissionsarbeit und auch in der Arbeitsgruppe «Technologie» ganz klar die Schlussfolgerung gezogen, dass die Förderung der Innovationskraft unserer Wirtschaft nicht nur ein technisch-organisatorisches Problem ist, sondern dass es auch darum geht, politisch landesweit ein Innovationsklima zu schaffen; dass es vor allem darum geht, das Bewusstsein nicht nur in den Köpfen der Politiker, sondern auch in den Köpfen der Unternehmer – vor allem der kleinen und mittleren Unternehmer – zu verändern. Nur wenn wir das zustande bringen, wird es uns gelingen, das Innovationspotential in unserer Wirtschaft auch wirklich umzusetzen.

Vor allem aus dieser Sicht ersuche ich Sie, hier nun nicht ein falsches Signal zu geben, sondern mit der Zustimmung zum Kommissionsantrag zu bekräftigen, dass auch wir gewillt sind, das Unsere beizutragen, dass wir hier eine Priorität setzen und der Auffassung sind, dass das für die Zukunft unserer Wirtschaft wichtig ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag Schmid Carlo abzulehnen.

**Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral:** Pour la première fois, vous allez me découvrir un côté masochiste, car si j'étais véritablement dans la droite logique de mon propos introductif de tout à l'heure et si je voulais le maximum de moyens pour une opération dont nous avons justifié fondamentalement la raison d'être, je sauterais de joie à l'idée que la commission nous fasse un tel cadeau.

Pourtant, en soldat discipliné, je dois constater que la formule qui est sortie des cerveaux du Conseil fédéral – car c'est bien en général des cerveaux du Conseil fédéral que ces formules sortent – est une formule que nous avons voulue aussi équilibrée que possible entre ceux qui pourraient être appelés à faire des sacrifices; j'entends par là si nous n'obtenions pas ce que nous voulons obtenir par les autres voies, tant en ce qui concerne le crédit de la Suisse pour les programmes de recherche communautaires – la décision n'est pas encore prise et la négociation n'est pas finie – qu'en ce qui concerne l'IMS,

dont il se pourrait que l'on doive financer l'opération par ailleurs.

Le système que propose le Conseil fédéral n'est pas un système logique, il prendrait en effet sur un budget intérieur ce qui, en cas exceptionnel, manquerait au budget extérieur. Je veux bien admettre qu'il y a là plus qu'une «Schönheitsfehler», mais comme nous ne pouvons pas inventer l'argent, que celui-ci fait cruellement défaut, on s'est résolu à trouver, en cas de péril, une solution qui partage la charge entre plusieurs postes de ces budgets et entre plusieurs départements.

C'est cette solution qui a finalement été retenue dans la version que nous vous proposons ici; la discipline des armées me pousse à devoir recommander le maintien de la formule du Conseil fédéral, mais je me tournerai avec pudeur si une majorité allait dans un autre sens. Du point de vue de l'orthodoxie financière, je dois défendre la position du gouvernement.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

20 Stimmen

Für den Antrag Schmid Carlo

10 Stimmen

#### Art. 2

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

31 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

#### An den Nationalrat – Au Conseil national

95.3079

### Motion WBK-SR (94.103) Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Keine Kürzungen

### Motion Csec-CE (94.103) Commission pour l'encouragement de la recherche scientifique. Pas de réductions

#### Wortlaut der Motion vom 21. Februar 1995

Der Bundesrat wird beauftragt, die Kredite für die Aktivitäten der KWF von weiteren Kürzungen auszunehmen.

#### Texte de la motion du 21 février 1995

Le Conseil fédéral est chargé d'exclure de toute autre réduction les crédits en faveur des activités de la Cers.

**Iten Andreas (R, ZG), Berichterstatter:** Warum hat sich die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur überhaupt durchgerungen, eine Motion einzureichen? Wenn diese Vorlage, wie die frühere auch, der linearen Kürzung unterliegt, dann sind die politischen Vorstösse und Erklärungen, die von verschiedener Seite her gemacht worden sind, bloss «Wort-Tiger». Diese Vorstösse, die zum Thema der Kommission zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (KWF) gemacht worden sind, kommen von der GPK. Wir haben schon im November 1990 entsprechende Empfehlungen abgegeben. Es gibt dazu Thesen des Vororts und des Schweizerischen Handels- und Industrievereins vom Mai 1994. Am 2. September

## **Förderung der wissenschaftlichen Forschung im nationalen und europäischen Rahmen in den Jahren 1996-1999. Finanzierung**

## **Encouragement de la recherche scientifique dans le cadre national et européen pour les années 1996-1999. Financement**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.103
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	409-420
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 677

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.